




Uwe Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin

 (030) 227 – 75440

 (030) 227 – 70438

 uwe.schmidt@bundestag.de

PM 20/2020

Berlin, 26.11.2020

Deutsches Auswandererhaus erhält 2,83 Millionen Euro vom Bund für Zusatzkosten beim zweiten Erweiterungsbau

Zum heutigen [26.11.] Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages erklärt Uwe Schmidt:

„Der Haushaltsausschuss hat in der heutigen Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2021 beschlossen, aus dem Etat der Beauftragten für Kultur und Medien 2,83 Millionen Euro für Zusatzkosten beim zweiten Erweiterungsbau des Deutschen Auswandererhauses in Bremerhaven zur Verfügung zu stellen“, so der Bundestagsabgeordnete Uwe Schmidt, der in Berlin erfolgreich um die zusätzlichen Mittel geworben hatte.

Finanziert wird die bauliche und inhaltliche Grundausstattung der zweiten Erweiterung des Deutschen Auswandererhauses mit insgesamt 12,35 Millionen Euro, paritätisch getragen von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Land Bremen. Die Stadt Bremerhaven steuert das Grundstück für den neuen Museumsanbau bei. Die Zusatzkosten für die neue Dauerausstellung in der Gesamthöhe von 5.055.000 Euro entstehen einerseits durch gestiegene Baukosten, andererseits durch die komplexeren inhaltlichen Anforderungen, welche zum Zeitpunkt des Fördermittelantrages von 2016 noch nicht planbar waren. Die baulichen Mehrkosten in Höhe von 2.225.000 Euro trägt die BEAN Bremerhaven. Die musealen Mehrkosten in Höhe von 2.830.000 Euro trägt der Bund.

„In den letzten Jahren hat sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung verschärft. Politische Diskurse sind nationalistischer, rassistischer und fremdenfeindlicher geworden. Die rechtsradikale Gewalt hat zugenommen und mit dem Anschlag in Hanau einen neuen traurigen Höhepunkt gefunden. Doch nicht erst seit Chemnitz, Halle und Hanau unterspült rechtes Gedankengut die Grundpfeiler unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir erleben im Deutschen Bundestag, dass von den Sitzen im Plenarsaal eine demokratiefeindliche Partei mit durch und durch nationalistischem und rassistischem Gedankengut den Weg zurück in unsere gesellschaftliche Mitte sucht. Das gilt es zu verhindern und die Erinnerungskultur in unserem Land weiter zu fördern. Es ist daher richtig, dass der Bund hier seiner Verantwortung nachkommt und das DAH erneut unterstützt“, so Schmidt weiter.

PRESSEMITTEILUNG